

Der aus Sachsen stammende Bischof der provinzsächsischen Kirche WERNER KRUSCHE trägt unter dem Stichwort „Weg- und Arbeitsgemeinschaft“ einen Rückblick auf 21 Jahre im Bund vor, in dem er eine tonangebende und gestaltende Persönlichkeit dargestellt hat. Er deutet die vielumstrittene Formel „Kirche im Sozialismus“ als Bekenntnis zu einem geschichtsoffenen System, in dem die Kirche nicht eine stabilisierende, sondern gerade eine dynamisierende Rolle zu spielen habe, weil sie die Hoffnung auf einen verbesserlichen Sozialismus enthielt, was den schärfsten Protest der SED auslöste.

Die friedliche Revolution des Volkes, die von Sachsen ausgehend den Sturz des SED-Regimes herbeigeführt hat, ist zu einem guten Teil aus den geistlichen Grundlagen erwachsen, die in der sächsischen Landeskirche noch lebendig waren. Der anzuzeigende Band bietet zum Verständnis dieser Ursachen und Zusammenhänge wesentliche und erhellende Aufschlüsse, geht an den Verstrickungen mancher Kirchenleute mit dem Staatssicherheitsdienst nicht vorbei, rückt aber die eindeutige Leistung der evangelischen Kirchen als Motor des Umbruchs in das rechte Licht.

Dresden

Karlheinz Blaschke

Sebastian Engelbrecht, Kirchenleitung in der DDR. Eine Studie zur politischen Kommunikation in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens 1971–1989 (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte, Bd. 6), Evangelische Verlagsanstalt Leipzig 2000. 381 S.

Im vergangenen Jahrzehnt gab es eine Fülle von Publikationen, die teilweise stark kontrovers das Verhältnis der Kirche zum SED-Regime behandelten. Regionalgeschichtliche Forschung war daran jedoch nur spärlich oder gar nicht beteiligt. Hier leistet die vom unlängst verstorbenen Leipziger Kirchenhistoriker Kurt Nowak betreute Dissertation von Sebastian Engelbrecht wichtige Arbeit. Unter einer klar formulierten und konsequent durchgehaltenen Fragestellung berichtet sie über den Weg der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens in den 1970er und 80er Jahren. Der Verf. fragt nach der „Qualität kirchenleitenden Handelns“, und zwar unter dem Gesichtspunkt der kirchlichen „Kommunikationsfähigkeit in politischen Fragen“ (S. 11). Der hierbei zugrunde gelegte sozialphilosophische Begriff der „Kommunikationsgemeinschaft“ (Jürgen Habermas) kann in seiner Anwendung auf die (evangelische) Kirche als sachgemäß verstanden werden, insofern er originär theologische Begriffe wie „Leib Christi“ oder „Priestertum aller Gläubigen“ modern fortschreibt (S. 73). So bleibt, wie dann auch der Gang der Untersuchung zeigt, die Erkundung und Darstellung kirchlicher Vorgänge durchaus (in neuester Literatur keineswegs selbstverständlich!) auf das Wesen und den Auftrag der Kirche nach deren Selbstverständnis bezogen. Der genannte Leitgedanke erweist sich als heuristisch fruchtbar und ergibt anhand umfassender Quellenstudien ein lebensvolles Bild kirchlicher Realität im dritten und vierten Jahrzehnt der DDR.

Die Einleitung und ein instruktiver Literatur- und Quellenbericht (S. 13–53) beleuchten die auch sehr ins Persönliche gehenden Voraussetzungen der Untersuchung. Der aus Westberlin stammende, ab 1995 in Dresden und Leipzig forschende Doktorand mußte für sein Vorhaben erst eine Vertrauensbasis erwerben, da in den frühen 1990er Jahren vor allem von einzelnen westdeutschen Autoren grotesk einseitige, aus dem Faktum von Stasi-Verstrickungen abgeleitete Urteile über die Kirche verbreitet worden waren. Der dann doch weitreichend gewährte Einblick in üblicherweise noch unzugängliche Archivalien – wenngleich mit hier und da vermerkten Lücken – bot die Grundlage für den überwiegenden Teil der Darstellung.

Zwei kürzere Kapitel erläutern die spezifische Fragestellung, indem sie zum Begriff „Kirchenleitendes Handeln“ (S. 56–81) wichtige Konzeptionen von Schleiermacher bis zur Gegenwart vorstellen und die im Untersuchungszeitraum diskutierten „Theorien zur politischen Verantwortung der Kirche“ (S. 83–121) charakterisieren: die in Sachsen überwiegend vertretene lutherische „Zwei-Reiche-Lehre“, die mehr die Weltverantwortung der Christen betonende Lehre von der „Königsherrschaft Christi“, dann aber vor allem (S. 95–120) die von Bischof Hempel angesichts permanenter Herausforderungen formulierte These (und behutsam entwickelte „Theorie“) vom „begrenzten politischen Mandat“ der Kirche. Die überragende Bedeutung Hempels als „Integrationsfigur der Landeskirche“ (S. 161) während der genannten Zeit wird auch im weiteren Gang der Untersuchung eindrucksvoll belegt. Doch auch das Wirken anderer wichtiger Personen, u. a. des Synodalpräsidenten Cieslak (1967–1983), durch den „die Synode zu einem attraktiven Forum der kirchlichen Meinungsbildung“ wurde (S. 342), erfährt eine jeweils sorgfältig charakterisierende Würdigung.

Die umfangreichsten Kapitel rücken das vielgestaltige Aktionsfeld in den Blick, zunächst anhand der „Strukturen und Bedingungen kirchenleitenden Handelns“ (S. 123–242), sodann exemplarisch konkretisiert in fünf „Fallbeispielen“ (S. 243–339). Das Strukturen-Kapitel stellt zuerst das institutionelle Gefüge (Landeskirchenamt, Synode, Kirchenleitung, Bischof, Superintendenten, Gemeinden) vor und beschreibt die diesbezüglichen Handlungslinien und Einflußgrade. Weitere Abschnitte dieses Kapitels gelten dem kirchlichen Reformprogramm der 1960er und 70er Jahre und der für Sachsen typischen Vielfalt kirchlicher Gruppen. Ferner werden hier die Mittel und Prozesse kirchlicher Information und Kommunikation samt Problembewußtsein und Defiziten geschildert (S. 187–223). Bei den Staat-Kirche-Gesprächen (S. 223–242) habe sich die Atmosphäre von anfangs eisiger Fremdheit zu einer mehr „kooperativen, verständigen Grundstimmung“ ab Ende der 1970er Jahre verändert. Zu den Gesprächsgegenständen gehörten immer wieder Probleme und Beschwerden, vor allem kirchliche Bitten um gerechten Umgang mit jungen Menschen im Ausbildungsstadium. Die kircheninternen Grundregeln für Kontakte mit Vertretern der Staatsmacht galten der Wahrung von Autonomie und Handlungsfähigkeit; es gab aber auch „diplomatische Seitenwege“ auf hoher Ebene (Initiativen der Synodalpräsidenten; Bischof Hempels Kontakte mit dem auf Verständigung bedachten Dresdner SED-Bezirkssekretär Modrow). Wichtig ist hier die Feststellung, daß staatliche Einflußversuche auf kirchliche Personalentscheidungen abgewehrt wurden (S. 231 f.).

Das Kapitel „Fallbeispiele“ schildert u. a. den Konflikt mit der Thüringer Landeskirche in den 1970er Jahren über die dortige, den kirchlichen Konsens unterlaufende Konfirmationspraxis (neben bzw. nach der Jugendweihe), die Friedensinitiativen der 1980er Jahre („Schwerter zu Pflugscharen“; das Friedensforum am 13. Februar 1982 als „Prototyp des Friedensgebets“) und die „Alternative Öffentlichkeitsarbeit unter dem Dach der Kirche“ in den letzten Jahren der DDR (S. 315–339). Ein Resümee (S. 341–348) konstatiert die insgesamt positive Entwicklung der sächsischen Landeskirche zur „Kommunikationsgemeinschaft“, sowie die Existenz der Kirche als ein „demokratisches Binnensystem“ im Herrschaftsraum der SED-Diktatur (S. 342). Freilich gab es auch Hemmungen und Schranken der kirchlichen Kommunikation, die genau beschrieben werden. Doch habe die „Verwirklichung von Mündigkeit und Partizipation“ (in den Friedensgebeten dann die Verbindung von Information, politischer Meinungsbildung und Gebet) eine spezifisch kirchliche Gegenöffentlichkeit zur DDR-„Organisationsgesellschaft“ entstehen lassen, die wesentlich zum gewaltlosen Umschwung 1989 beitrug.

Die Arbeit von Engelbrecht fördert in besonderer Weise das Verständnis von Situationen und Vorgängen mit regionaler Spezifik unter der zweiten deutschen Diktatur.

Der Verf. gelangt anhand umsichtiger Erschließung von Quellen zu einer methodisch sorgfältigen, zielstrebigten Darstellung; hervorzuheben ist auch die wohlbegründete, abgewogene, durchweg überzeugende Urteilsbildung. Dem vorzüglich lesbaren Buch ist eine weitreichende Kenntnisnahme zu wünschen.

Berlin

Rudolf Mau

Rudolf Schulze/Eberhard Schmidt/Gerhard Zachhuber, gehen oder bleiben.

Flucht und Übersiedlung von Pfarrern im geteilten Deutschland und die Gesamtverantwortung der Kirchenleitungen. Bericht und Dokumentation, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2002. 243 S.

Die Erforschung und Darstellung der Lebensbedingungen, die den Bewohnern des SED-Staates aufgezwungen waren, ist eine unverzichtbare Aufgabe der wissenschaftlich betriebenen Zeitgeschichte, die millionenfache Flucht drangsaliierter Menschen vor dem Terror-Regime ist ein Teil davon. Das anzuzeigende Buch widmet sich einer in der damaligen Öffentlichkeit wenig beachteten, ganz am Rande liegenden Erscheinung, die aber nichtsdestoweniger wegen der Betroffenheit sittlicher und geistlicher Maßstäbe besonderer Beachtung wert ist. Die zugrundliegenden Tatsachen und Beobachtungen stammen aus der provinzsächsischen Kirche, gelten aber im Grundsatz auch für die Lage in der sächsischen Landeskirche.

Während die Flucht aus den unerträglich gewordenen Lebensverhältnissen dem Normalbürger keine Gewissensnöte verursachte, sondern eher eine Frage der persönlichen Einstellung und der günstigen Gelegenheit war, ergaben sich für zwei Berufsgruppen sittliche Bedenken: für die Ärzte und die Pfarrer, d. h. für die Leib- und die Seelsorger, von denen um ihres Dienstes am Menschen willen ein Verbleiben im Lande erwartet wurde. Während aber die Ärzte noch in ihrem weltlichen Beruf in letzter Instanz vor einer freien persönlichen Gewissensentscheidung standen, befanden sich die Pfarrer durch die Ordination in einer geistlich begründeten Bindung an Kirche und Gemeinde, die eine Flucht grundsätzlich ausschloß. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Person und Institution darzustellen und zu verstehen, ist das eigentliche Anliegen der vorliegenden Schrift.

In den evangelischen Kirchen unter der SED-Herrschaft war die Frage, ob ein Pfarrer das Land und damit seine Kirche und Gemeinde verlassen dürfe, ein vielfach ernsthaft und widersprüchlich erörtertes Thema. Als Trägern einer zum Absterben verurteilten Religion stand das Regime den Kirchen grundsätzlich feindselig gegenüber, wenn sich auch Wechselbäder zwischen Verfolgung und Unterdrückung auf der einen, Schonung und Verlockung auf der anderen Seite feststellen lassen. Der Pfarrer wurde grundsätzlich auf die Seite des Klassenfeindes gestellt und bekam das beruflich und in seinen persönlichen und familiären Verhältnissen in Form von Beargwöhnung und Benachteiligung zu spüren. Wer unter solchen Bedingungen dem Sog des Westens widerstand und im Lande blieb, nahm nicht geringe Entbehrungen auf sich. Die Kirchenleitungen setzten eine solche Haltung als die einzig mögliche voraus und stellten damit an ihre Pfarrer hohe moralische Erwartungen. Sie mußten das tun, um in ihrer an sich schon bedrängten Lage und mit ihrem viel zu geringen Personalbestand ihrem Auftrag der Verkündigung gerecht werden zu können. Jeder weggehende Pfarrer verstärkte den Pfarrermangel, verunsicherte die Gemeinde, ließ als schlechter Hirte seine Herde im Stich und wirkte vielleicht noch als schlechtes Beispiel für andere. Institutionelle Disziplin und menschliche Solidarität verlangten das Verbleiben auf seinem Posten. Auf der anderen Seite war es schwer einzusehen, warum nicht ein Pfarrer wie jeder an-